



2. Nationales Ressourcenforum, Berlin

Protokoll des Nationalen Ressourcenforums 2014

Protokoll:

Stefanie Albrecht

Ecologic Institut gemeinnützige GmbH

Pfalzburger Str. 43/44 | 10717 Berlin |

stefanie.albrecht@ecologic.eu

Ressourcenschonende Lebensstile – Nutzen statt Besitzen

- Reinhard Kaiser; Leiter Unterabteilung Ressourceneffizienz, Bodenschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Bärbel Höhn; Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages
- Dr. Thomas Gebhart; CDU, Mitglied des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages
- Michael Thews; SPD, Mitglied des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages
- Ralph Lenkert; Die Linke, Mitglied des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages
- Moderation: Dr. Kora Kristof; Leiterin der Grundsatzabteilung, Umweltbundesamt

Dr. Kora Kristof moderierte die vierte Session um die Diskussionen um ProgRess, das alle vier Jahre fortgeschrieben wird, aus der Politik einzufangen und aus dem Publikum zu ergänzen. Was soll mit ProgRess 2.0, 3.0, 4.0 vorangehen und wohin soll es gehen?

Den Auftakt zu ProgRess 1 machte **Reinhard Kaiser**. Warum machen wir das alles? Das exponentielle Wachstum der Ressourcennutzung muss verändert werden. Das Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Verdopplung der Ressourcenproduktivität. Dazu gibt es die Deutsche Rohstoffstrategie 2010 und den Kabinettbeschluss ProgRess 2012 zur Entkopplung des Wirtschaftswachstums und Rohstoffverbrauchs. Sowohl Kabinett als auch Bundestag berichten alle vier Jahre zum aktuellen Stand. Die Enquete Kommission befand, wir benötigen eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, als auch eine langfristig absolute Verringerung. Es gilt zu zeigen, dass Wohlstand ohne soziale Verwerfungen möglich ist. Die Koalitionsaufträge verlangen eine Intensivierung der Unternehmensberatung, die Etablierung einer nationalen Plattform Ressourceneffizienz, Verstärkung der Kreislaufwirtschaft und Recycling sowie die Bestätigung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nach aktuellem Stand ist das Ziel bis 2020 bei linearer Fortschreibung des jetzigen Standes nicht erreicht. ProgRess soll das voranbringen. Absolut verbrauchen wir weniger Rohstoffe absolut in den letzten Jahren – die absolute Entkopplung ist empirisch schon geschafft. Schwerpunkt und Perspektiven für ProgRess II sind weiterhin Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffverbrauch mit absoluten Senkungen. Hier braucht es mehr als Technik, sondern auch Bewusstseins und ein Management das messbare, anspruchsvolle Ziele festzulegt und umsetzt. Technische, strukturelle

und soziale Innovation sollen gefördert werden. Die Prozesse nach 2016 werden in „ProgRess III 2020“ bearbeitet. Wir reden über lange Prozesse. Vieles schaffen wir in dieser Wahlperiode nicht. Wir können Trends starten und dann in den ProgRess Evaluierungen überprüfen. ProgRess II soll thematisch breiter angelegt sein, Synergien zwischen Ressourcen- und Energieansatz sind nötig (Fossile Energieträger, Brennstoffe und Kraftstoffe aus der Biotik hinzunehmen) und vielversprechend. Voraussichtlich im Frühjahr 2015 wird dies zum Diskutieren vorgelegt. Alle sechs Monate gibt es eine Netzwerkkonferenz, die nächste am 8.12. in Berlin. Im Sommer 2015 steht eine große Diskussionsphase an. Thema wird die verlängerte Nutzungsdauer oder geplante Obsoleszenz sein – Wie ressourceneffizient ist die Produktgestaltung? Das BMUB braucht Feedback von allen Beteiligten vom Sommer 2015, um das dann im Herbst 2015 einarbeiten und Frühjahr 2016 vorzulegen.

Bärbel Höhn sah den entscheidenden Punkt darin, dass wir Ressourceneffizienz ganzheitlich sehen. 1998 wurde neben der Energieagentur in NRW auch die Effizienz-Agentur NRW eingesetzt. Über Produktions- und produktintegrierten Umweltschutz hätten wir das zusammennehmen müssen. Wichtig ist es, die Ziele abzustecken und mit der Wirtschaft zu Kooperieren. Das sollte größer als Ressource gedacht und von der Bundesregierung angegangen werden. Die Umweltpolitik muss einen Fuß in der Wirtschaft haben. Mit dem Produktions- und Produkt-integriertem Umweltschutz ist das gelungen - das ist auch für die Wirtschaft bereichernd. Bärbel Höhn wünschte sich klare Vorgaben und Ziele vom Bund. Diese können dann kontrolliert und nachgesteuert werden. In NRW wurden sowohl PIUS als auch Ökoprofit eingeführt. Viele Unternehmen haben dadurch erkannt, wie viel sie noch einsparen können. Gesetzliche Vorgaben würden den Prozess unterstützen. Zur Wahrnehmung von ProgRess: Es gilt mit kleinen Schritten anzufangen und diese zu verstärken. Kritik kann dann zu großen Schritten führen.

Thomas Gebhart bemerkte, dass bei ProgRess I das Parlament eine ganz aktive Rolle gespielt hat. Beispielsweise wurden Anfang 2012 eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung gestellt, u.a. die vierjährige Evaluierungs-Periode. Die Parlamentarier haben die Regierung unterstützt und angetrieben. Das waren schwierige, jedoch wichtige Diskussionen. Auch für ProgRess II werden die Parlamentarier eine aktive Rolle spielen und verbesserungsfähige Ansätze ermitteln, z.B. des Ausdehnung der KMU-Beratung, verstärkte Gewinnung von Wirtschaftsförderer vor Ort als Multiplikatoren, die Beweislastumkehr für Gerät-exportierende Akteure (die müssen dann nachweisen, dass es noch funktionierende Geräte sind und kein Elektroschrott). Das Wertstoffgesetz ist für Ende 2014 als Entwurf angekündigt – da werden die Parlamentarier ebenso mitdiskutieren z. B. für ambitionierte Recyclingquoten. Ressourceneffizienz ist auch ein internationales Thema und Deutschland sollte auch international eine aktive Rolle spielen und das Thema auf die Agenda bringen, z.B. durch die Deutsche Präsidentschaft beim G7-Gipfel 2015 in Deutschland. Es gilt voneinander zu lernen und nicht nur alle von Deutschland. Klare Vorgaben und Ziele sind wichtig, aber es gibt auch Grenzen: 1) bisher wurde auf freiwillige Instrumente gesetzt, weniger auf Ge- und Verbote. Es gibt Bereiche, da brauchen wir Vorgaben wie die Recyclingquoten im Wertstoffgesetz. 2) wir wollen technologische Innovationen und setzen auf Forschung und Entwicklung. Unbekannt ist, welche Technologien sich durchsetzen. Daher sollten wir eine gewisse Technologieoffenheit lassen und nicht alle Details festschreiben.

Michael Thews sieht es im Interesse der Unternehmen, dass sie Ressourceneffizienz und Ressourcenschutz umsetzen. Dabei gibt es systematische Unterschiede in der Herangehensweise. In KMU sind das oft Umweltbeauftragte, die das nebenher machen, was große Herausforderungen mit sich bringt. Wir brauchen daher eine gute Beratung, durch z.B. das VDI ZRE, EMAS oder das Netzwerk Ressourceneffizienz. Diese sollten gestärkt werden. Der Gesetzgeber muss klarere Vorgaben machen. Dabei stellen sich Fragen nach

langfristiger Produktverantwortung und ressourceneffizientem Produktdesign. Das benötigt Flexibilität und widerspricht strikten Regeln. Zielkonflikte sollten bedacht werden. ProgRess I und II haben Forschungs- und Förderprozesse initiiert, die viele neue Erkenntnisse gebracht haben.

ProgRess I hat den Blickpunkt auf Ressourcenschonung geschärft, sagte **Ralph Lenkert**. Allerdings sind viele Absichtserklärungen drinnen und wenig Konkretes. Der Widerspruch aus Ökonomie mit Wachstum und nachhaltigem Konsum und weniger Produktausatz ist eminent. Wir müssen das komplex sehen.

Technologische Innovationen müssen nicht per Vorgaben erreicht werden, sondern sind im Interesse der Unternehmen. Alle Hersteller von Sony, Samsung etc. haben von Zulieferern gefordert, PVC-freie Kunststoffe garantieren zu können. Das geht aber nur mit Neurohstoffen, da in Rezyklat immer potentiell auch PVC drin sein kann. Die technische Haltbarkeit ist länger als die moralische. Das regelt im Allgemeinen der Markt. Eine Ressourcenverbrauchssteuer wäre ein einfaches Gesetzesvorhaben. Die Steuer entspräche der Schädlichkeit der Gewinnung der Rohstoffe gemessen an ökologischen und sozialen Standards. Die Exportindustrie könnte man schützen, in dem nur inländischer Konsum besteuert wird. Wir benötigen auch längere Gewährleistungszeiten für Konsumgüter - wir sollten gesetzlich drei Jahre Nutzungsgewährleistung garantieren. Wir werden uns für die Verbesserung von Erfassungen z. B. von Elektrogeräten und Verpackungsmaterialien einsetzen. Ralph Lenkert wünscht sich eine Ressourcenverbrauchssteuer und dass ProgRess II auf die Hälfte der Dicke reduziert wird und dafür sich die Leserschaft verdoppelt. Von Europa fordert er den Kostenfaktor menschliche Arbeit im Verhältnis zu Umweltzerstörung zu verbessern, z.B. im Vergleich zu extrem billigen Rohstoffen.

Thomas Gebhard bemerkte, dass eine nationalen Abgabe auf den Ressourcenverbrauch dazu führen würde, die intensiven Produktionszweige aus dem internationalen Wettbewerb zu entlasten. Um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu bedrohen sollten Steuern in einem internationalen oder zumindest europäischen Kontext gemacht werden. Um Widerständlern bzw. schwer zu Überzeugenden zu überzeugen braucht es die Verbreitung von Best Practice Beispielen und verstärkte Beratungen im Mittelstand.

Michael Thews betonte die Notwendigkeit mehr Beispiele zu verbreiten, denn manchmal gibt es diese Widersprüche und Zielkonflikte in Gesetzen auch gar nicht, z.B. Beweislastumkehr im ElektroG mit Beweislastumkehr. Das funktioniert immer dann gut, wenn die Beispiele auch wirtschaftlich und nachvollziehbar sind; hierzu muss man sich mit vielen Unternehmen austauschen und deren Bedarf hören und dann kann man das gut den Wirtschaftsausschüssen deutlich machen, das RE hier Sinn macht

Ralph Lenkert äußert, dass die Ressourcensteuer nicht Exporte besteuern sollte. Damit könne man einseitige Benachteiligungen vermeiden. Die erlebte Realität in Ostdeutschland verlangt die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Dann kann man Braunkohlejobs abbauen, nicht andersherum.

Bärbel Höhn bemerkte, dass die Beispiele von Herrn Lenkert sehr vielfältig sind und sie sich dem anschließen könne. Wir brauchen einen übergreifenden Ansatz, z.B. ein Ressourcenschutzgesetz. Wie bei der Genehmigung, so müssen wir hier auch zwischen vielen Gütern abwägen - nicht nur über Abfall, das ist zu sehr vom Ende her gedacht. Was ist überhaupt Ressourcenschutz? Hier ist ganz viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Bilanz in den Unternehmen für Materialkosten ist stark zergliedert, aber die Personalkosten sind ein Posten, das macht den Vergleich von wesentlichen Kosten sehr schwer. Diesen gesamten Ressourceneffizienz-Ansatz einzubringen ist sehr schwer, da viel in einzelnen Ressourcenreduktionen gedacht wird. Das UBA hat einen ersten Vorschlag zu einem Ressourcenschutzrecht gemacht.

In der **Plenumsdiskussion** wurde angemerkt, dass Reparaturfähigkeit wichtig ist, dass Vertragswerkstätten und Hauptwerkstätten wegen aufwändiger Reparatur jedoch hohe Preise verlangen müssen, sodass eher neue Produkte gekauft werden. Ralph Lenkert bemerkte, dass wir gesetzliche Vorgaben für Reparierbarkeit benötigen. Beim Einkleben von Akkus ist es fertigungstechnologisch viel leichter, alles einzukleben, um es wasserdicht zu machen. Bei einer Geiz-ist-geil Mentalität ist das nicht verwunderlich. Eine Entsorgungsabgabe, Pfand oder Ressourcensteuer wären eine gute Kombination. Thomas Gebhard fragte, Wie kann man per Gesetz vernünftige Regelungen treffen, um Wiederverwendung von ausgedienten Geräten zu fördern? Da passiert viel am Markt und in der Zivilgesellschaft, aber es fehlt bisher an überzeugenden Vorschlägen.

Michael Thews wandte ein, dass viele KMU Angst vor systematischen Analysen der Betriebe haben. Hier muss man Mitarbeitende einbinden, von denen häufig die besten Ideen kommen - bessere als von den Beratern. Die Wechselbarkeit von Akkus ist ein Problem, hier könnte man gesetzliche Anforderungen stellen, Man kann auch Gewährleistungen von gewissen Produkten, z.B. weiße Ware verlängern. Herr Kaiser bemerkte, dass es eine breite Unterstützung für die Beratung der KMUs geben muss - integriert mit dem Energiebereich und im Angebot flächendeckend. Lokale Wirtschaftsförderer sollen weiter als Mitakteure gewonnen werden. Wir müssen vertieft auf den Gewährleistungsbereich und auf Ausschreibungen im Baubereich gucken. Sowohl auf dem G7-Forum als auch (inter)national sollte Ressourceneffizienz verankert sein.

Herr Lenkert bemerkte, dass eine Ressourcenverbrauchssteuer gewissen Verlagerungseffekt haben wird. Die Anreize muss ich aus etwas finanzieren und wenn ich Einkommen besteuere, belaste ich geringe Einkommen relativ mehr. Die Steuermittel sollten dann genommen werden, um die unteren Einkommen zu entlasten. TTIP sollten wir auf EU-Ebene beerdigen.

Herr Gebhard würde es für einen großen Fehler halten, wenn das Circular Economy Paket zurückgenommen würde. Die Arbeitsproduktivität ist ungleich stärker gestiegen als die Ressourcenproduktivität. Dieser Vergleich hinkt ein Stück weit, da die Arbeitsproduktivität gesteigert wurde, weil wir ein Stück weit mehr Ressourcen eingesetzt haben anstelle von Arbeit. Aber wir haben ein großes Potenzial und stehen eher am Anfang der Debatte. Wir sollten ernsthaft prüfen, ob wir Produktverantwortung aus Verpackungsbereich nicht ausdehnen sollten auf Nicht-Verpackungen.

Bärbel Höhn plädierte für eine ganzheitliche Herangehensweise an das gesamte System Ressourceneffizienz und wir nicht nur einzelne Aspekte herausnehmen. Sie fordert daher ein Ressourcenschutzrecht und viel Transparenz sowie mehr Produktverantwortung. Wir sollten endlich das antiquierte deutsche Bergrecht in Richtung Recyclingstärkung modernisieren.
